

Willenserklärung

Die Teilnehmer der Protestveranstaltung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V. fordern am Jahrestag des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik Deutschland die Verwirklichung der Menschenrechte in ihrer Gesamtheit in der Bundesrepublik. Es geht dabei vor allem um das Menschenrecht auf Frieden sowie um die Sicherung von Existenzrechten und den Schutz vor Diskriminierung und Ausgrenzung. In den 22 Jahren seit der staatlichen Vereinigung hat keine Regierung der Bundesrepublik die vollmundigen Versprechungen an ihre Bevölkerung erfüllt. Obwohl der Abwanderungsstrom vor allem gut ausgebildeter junger Menschen von Ost nach West in den letzten 22 Jahren auf ca. 3 Millionen geschätzt wird, ist im Osten nur wenig für die ökonomische Entwicklung getan worden. Von Angleichung der Lebensverhältnisse kann keine Rede sein. Die Bürger in den ostdeutschen Ländern werden weiter sozial und politisch diskriminiert. Das reicht von einer doppelt so hohen Arbeitslosigkeit über Billigjobs und Rentenungerechtigkeit bis zum Missbrauch der Rente als Strafe und die Verleumdung ihrer sozialistischen Ideale.

Während sich die Bundesregierung damit brüstet, dass die Bürger- und politischen Rechte garantiert seien, und anderen Ländern die Nichtbeachtung der Menschenrechte zum Vorwurf macht, lehnt sie es zugleich ab, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte im eigenen Lande voll durchzusetzen. Kritik an diesem Zustand in den abschließenden Bemerkungen des UNO-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 20. Mai 2011 wird nicht einmal veröffentlicht. Außer der Partei Die Linke ist keine im Bundestag vertretene Partei bereit, über Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik zu diskutieren. Die Diskriminierung des Ostens wird kaum zur Kenntnis genommen, aber beharrlich weiter betrieben. Zugleich treffen die wachsende Polarisierung und daraus resultierende Benachteiligungen nicht nur den Osten. Sie gelten in wachsendem Maße für die ganze Bundesrepublik Deutschland.

Wir fordern deshalb:

- Schluss mit Kriegseinsätzen und Waffenexporten der Bundesrepublik;
- Aktiver Einsatz der Bundesrepublik zur Lösung von internationalen Streitfragen mit politischen Mitteln;
- Entschiedener Kampf gegen jegliche faschistische Aktivitäten - Verbot der NPD;
- Beendigung der Diskriminierung von Bürgern wegen ihrer Loyalität zur DDR;
- Angleichung der Lebensverhältnisse in den ostdeutschen Ländern;
- Existenzsichernde Arbeit, Abschaffung von Billigjobs und Aufstockerlöhnen;
- Gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums;
- Angleichung des Rentenwertes Ost an den aktuellen Rentenwert und Abschaffung aller diskriminierenden Rentenformen, vor allem der Strafrenten.
- Entschiedene Verhinderung von Altersarmut;
- Gleiche Bildungschancen für alle Bürger unabhängig vom Einkommen der Familie.

Alle Menschenrechte für alle Menschen!

Berlin, 03. Oktober 2012

(Dieser Willenserklärung stimmten die über 500 Teilnehmer der OKV-Protestveranstaltung in der UCI-Kinowelt in Berlin-Friedrichshain per Akklamation zu.)